

Deutsche sorgen sich um ihre Rente und erwarten mehr von der Regierung

Die neue länderübergreifende Umfrage der **OECD Risks That Matter** untersucht, wie Menschen soziale und wirtschaftliche Risiken wahrnehmen und ob sie der Meinung sind, dass die Regierung ausreichend nach Antworten auf ihre Bedenken sucht. Im Rahmen der repräsentativen Umfrage wurden im April 2018 22000 Erwachsene aus 21 Ländern befragt, um Aufschluss darüber zu erhalten, was die Bürger von der Sozialpolitik erwarten und benötigen.

Krankheit und Behinderung sind kurzfristig gesehen die größte Sorge der Deutschen. Auch in den meisten anderen Ländern in der Studie wurde diese Punkte als Hauptsorgen genannt. Für 51% der Deutschen gehören Krankheit und Behinderung zu den drei Hauptrisiken, denen sie sich in den nächsten Jahren ausgesetzt sehen, gefolgt von Kriminalität und Gewalt (47%) und finanziellen Schwierigkeiten (43%)*.

Langfristig gesehen ist die Rente die Hauptsorge der Deutschen. 76% der Deutschen nennen die "finanzielle Situation im Alter" als eines der drei Hauptrisiken auf längere Sicht.

Angesichts dieser Bedenken schenken die Menschen ihren Regierungen nur bedingt Vertrauen und haben Zweifel daran, ob sie leicht Zugang zu öffentlichen Sozialleistungen erhalten würden. **Etwa die Hälfte der Deutschen (52%) befürchtet, dass sie im Bedarfsfall nur schwer Zugang zu Sozialleistungen hätte.**

*Werte können 100% überschreiten, da jeweils 3 Antwortmöglichkeiten ausgewählt werden konnten.

Die Mehrheit der Deutschen ist der Ansicht, dass sie nur einen geringen Einfluss auf öffentliche Politikmaßnahmen hat.

Nur 18% stimmen folgender Aussage zu: "Bei der Einführung und Anpassung öffentlicher Leistungszahlungen zieht die Regierung die Meinung von Leuten wie mir in Betracht".

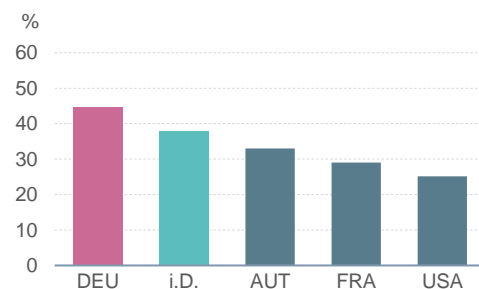
Die meisten Deutschen wünschen sich mehr Unterstützung von der Regierung. Fast vier von fünf Deutschen (78%) sind der Meinung, dass die Regierung mehr dafür tun sollte, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Absicherung zu gewährleisten (Fig. 3).

Die Rente ist der Bereich mit der größten Bereitschaft zu höheren Ausgaben. 45% der Deutschen wären dazu bereit, zusätzlich 2% ihres Einkommens als Steuer- oder Beitragszahlungen zu leisten, um hierdurch Zugang zu besseren Rentenleistungen zu erhalten. (Fig. 1.). Damit liegt Deutschland über dem Länderdurchschnitt von 38%.

30% der Deutschen wären zu höheren Beitragszahlungen bereit, um die Pflege älterer Menschen zu verbessern und 31% würden für eine bessere Gesundheitsversorgung auch höhere Beitragszahlungen in Kauf nehmen.

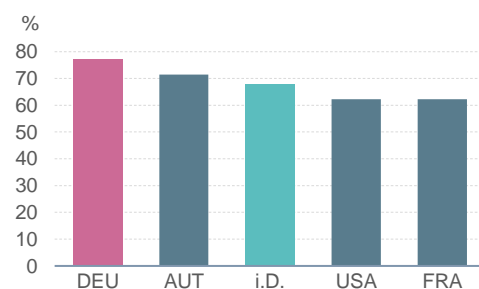
Maßnahmen zur Armutsbekämpfung erhalten großen Zuspruch. **77% der Deutschen sind der Ansicht, dass die Regierung Reiche stärker als bisher besteuern sollte, um ärmere Bevölkerungsgruppen zu unterstützen** – damit gibt es in Deutschland mehr Befürworter von stärkerer Umverteilung als in den meisten anderen Ländern (Fig. 2.).

Fig. 1. Viele Deutsche wären für eine bessere Rente zu höheren Abgaben bereit



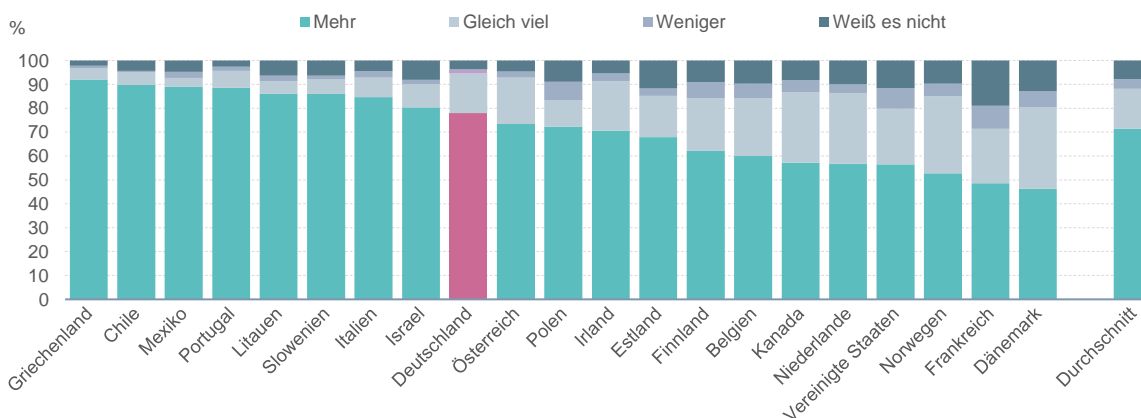
Anmerkung: Anteil der Befragten, die "dazu bereit wären, zusätzlich 2% ihres Einkommens als Steuer/Beitragszahlungen zu leisten, wenn sie hierdurch eine höhere und leichter zugängliche Rente" erhielten.

Fig. 2. Viele Deutsche würden Steuererhöhungen für Reiche gutheißen, wenn dadurch ärmere Bevölkerungsgruppen besser unterstützt würden.



Anmerkung: Anteil der Befragten, die folgende Frage mit "ja" oder "ganz sicher ja" beantwortet haben: "Sollte die Regierung Reiche stärker als bisher besteuern, um ärmere Bevölkerungsgruppen besser unterstützen zu können?"

Fig. 3. Mehr als ¼ der Deutschen wünschen sich, dass die Regierung mehr dafür tut, ihre wirtschaftliche und soziale Sicherheit zu gewährleisten.



Anmerkung: Antworten auf die Frage "Sind Sie der Ansicht, die Regierung sollte weniger, gleich viel oder mehr dafür tun, Ihre wirtschaftliche und soziale Sicherheit zu gewährleisten?" Quelle: OECD (2019), *Main Findings from the 2018 OECD Risks that Matter Survey*, OECD Publishing, Paris.

Kontakt: Monika Queisser (monika.queisser@oecd.org); Valerie Frey (valerie.frey@oecd.org); Chris Clarke (chris.clarke@oecd.org)
 Information on data for Israel: <http://dx.doi.org/10.1787/888932315602>.